

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. kurze Einführung mit Informationen zur Rolle der lokalen Integrationsbeiräte in Hannover und ihren Kompetenzen / Weiterentwicklung durch den Prozess WIR 2.0
3. Erläuterungen / Informationen der Einrichtungen zu ihren gestellten Zuwendungsanträgen:

*2022-01-IB 11 Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V. –
Projekt „Kreativworkshop Notunterkunft Ahlem“*

*2022-02-IB 11 Fair Places / Wohnprojekt Albrecht-Schaeffer-Weg –
Projekt „Kompetenzstärkung bei der Nutzung
von digitalen Medien und der Kommunikation mit Behörden“*

2022-03-IB 11 Wohnheim für Geflüchtete Woermannstraße „Brot Dosenaktion“

3.1. ggf. eigene Projekte des Integrationsbeirates

4. Festlegung Delegierte für Netzwerk der Integrationsbeiräte Hannover
5. Bericht aus dem letzten Netzwerktreffen der Delegierten
6. Bericht der Integrations- und Einbürgerungslotsen*innen
7. erster Austausch zur künftigen Arbeit des Integrationsbeirates / Öffentlichkeitsarbeit / Flyer / Bildung AG etc.
8. Beratung über die vorliegenden Zuwendungsanträge
9. Verschiedenes und Termine
(bitte beachten Sie hierzu die beigefügte Anlage der AfD-Bezirksratsfraktion)

TOP 1. Eröffnung

Bezirksbürgermeister Schulz begrüßte die Mitglieder des Integrationsbeirates, die Gäste sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und eröffnete die Sitzung.

Mit einer Schweigeminute haben die Mitglieder des Integrationsbeirates der Lage in der Ukraine gedacht.

Es folgte eine Vorstellungsrunde der anwesenden Mitglieder des neu gebildeten Integrationsbeirates Ahlem-Badenstedt-Davenstedt.

Bezirksbürgermeister Schulz dankte den Anwesenden für die Bereitschaft, an den Themen des Integrationsbeirates ehrenamtlich mitzuarbeiten und wünschte eine gute Zusammenarbeit.

TOP 2.

Kurze Einführung mit Informationen zur Rolle der lokalen Integrationsbeiräte in Hannover und ihren Kompetenzen / Weiterentwicklung durch den Prozess WIR 2.0

Frau Sufin informierte:

Der Lokale Integrationsplan (LIP) wurde im Jahr 2008 vom Rat beschlossen und hatte zum Ziel, Hannover fit zu machen für die Herausforderungen einer Einwanderungsstadt. Dazu wurden sechs Handlungsfelder (Bildung, Wirtschaft, Soziales, Stadtleben, Demokratie, Stadtverwaltung) und entsprechende Maßnahmen festgelegt, an deren Umsetzung Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft gearbeitet haben.

In den 13 Stadtbezirken haben sich ab 2008 jeweils Integrationsbeiräte gegründet. Die Einführung und Arbeit orientiert sich seither an der Informationsdrucksache Nr. 2545/2008.

Kompetenzen des Integrationsbeirates:

- Schaffung einer gemeinsamen Kommunikationsbasis
- Öffnung von Verwaltung und Politik für Migrations-/Integrationsthemen
- Interessenkonflikte einer Lösung zuführen
- Artikulation von Anliegen der im Stadtbezirk lebenden Menschen mit Migrationshintergrund
- Konkrete Projekte entwickeln, fördern und begleiten
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
- Förderung der Vernetzung
- Behandlung von grundsätzlichen Themen etc.

Dem Integrationsbeirat stehen jährlich Haushaltsmittel zur Verfügung. Dabei sind folgende vergaberelevante Kriterien zu berücksichtigen:

- Förderung des Zusammenlebens der verschiedenen Kulturen
- Förderung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit
- Förderung gegenseitigen Austauschs und gemeinsamer Lernprozesse
- Förderung interkultureller Managementkompetenz
- Förderung von Netzwerken zur Unterstützung von Integrationsprozessen

Seit 2008 ist der LIP in die Jahre gekommen. Es hat sich die Ausgangssituation zum Beispiel durch die verstärkte Einwanderung ab 2015 geändert und viele Teilziele des LIP wurden in der Zwischenzeit erreicht und sind somit nicht mehr aktuell. Um den heutigen und künftigen Herausforderungen gerecht zu werden, wird der LIP überholt und an die aktuelle Situation angepasst. Dies sah auch der Stadtrat so und beauftragte die Verwaltung per Ratsbeschluss (Drucks. 2136/2018), einen Überarbeitungsprozess unter Beteiligung der Stadtgesellschaft zu übernehmen.

Der Prozess WIR 2.0 ist ein breit angelegter Beteiligungsprozess, der kurz vor dem Abschluss steht.

Mittlerweile haben Expert*innengruppen ein Strategiepapier entwickelt, auf dessen Grundlage ein Ziel- und Maßnahmenkatalog entwickelt wurde, der – geprüft durch eine ebenso divers besetzte Lenkungsgruppe – politisch beschlossen werden soll. Nach Abschluss der politischen Beratungen wird die Umsetzungsphase starten. Es wird erwartet, dass sich auch Veränderungen für die Arbeit und ggf. Zusammensetzung der Integrationsbeiräte ergeben. Nähere Informationen zum Prozess WIR 2.0 finden Sie auf hannover.de .

TOP 3.

Erläuterungen / Informationen der Einrichtungen zu ihren gestellten Zuwendungsanträgen.

2022-01-IB 11: Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V. – Projekt „Kreativworkshop Notunterkunft Ahlem“

Frau Laube stellte sich als Geschäftsleiterin des Vereins Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V. vor. In Kooperation mit dem Verein Linden Legendz e.V. und dem DRK sollen im Rahmen des Projektes den Bewohner*innen der Notunterkunft Ahlem an einem Wochenende kreative Angebote gemacht werden. Geplant sind Workshops mit dem Schwerpunkt Kunst und Musik. Das Ergebnis soll bei einem Abschlusskonzert der Nachbarschaft vorgestellt werden.

Frau Laube bat für das Projekt um eine Zuwendung des Integrationsbeirates i.H.v. 2.999,20 €.

Frau Klebe-Poltze lobte das Projekt und war der Meinung, dass die Bewohner*innen der Notunterkunft ein solches Freizeitangebot verdient haben.

Im weiteren Gespräch wurde positiv erwähnt, dass Ehrenamtliche aus dem Stadtbezirk, welche sich für Geflüchtete engagieren, an dem Projekt mitwirken werden.

2022-02-IB 11: Fair Places / Wohnprojekt Albrecht-Schaeffer-Weg – Projekt „Kompetenzstärkung bei der Nutzung von digitalen Medien und der Kommunikation mit Behörden“

Herr Glasmacher entschuldigte Frau Flammer (Leiterin Wohnprojekt Albrecht-Schaeffer-Weg) aus Krankheitsgründen. Er berichtete, dass im Rahmen des Projektes Geflüchteten die Arbeit am PC und an den digitalen Medien insgesamt gezeigt und Kenntnisse vertieft werden sollen. Mit dem Projekt soll erreicht werden, dass die Bewohner*innen eigenständig Termine bei Behörden online vereinbaren und Dokumente scannen und versenden können. Zudem sollen Vorlagen zum Beispiel für Lebensläufe und Bewerbungen erarbeitet werden. Herr Glasmacher bat den Integrationsbeirat um finanzielle Unterstützung für das Projekt i.H.v. 964,78 €.

Herr Glasmacher berichtete von der Arbeit des Netzwerk 11 für Flüchtlingshilfe. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an den monatlichen Treffen teilzunehmen und sich für Geflüchtete im Stadtbezirk zu engagieren.

Nähere Informationen zu dem Arbeitskreis finden Sie hier:

<https://netzwerk11.github.io/>

Auf Nachfrage informierte Frau Sufin, dass derzeit ca. 63 Personen in der Unterkunft Albrecht-Schaeffer-Weg leben.

Frau Grammel sprach sich für die Anschaffung eines Stand-PC aus.

Auf die Nachfrage von Herrn Keller antwortete Herr Glasmacher, dass anstelle eines Microsoft Office Paket kostenneutrale Software installiert werden soll.

2022-03-IB 11: Wohnheim für Geflüchtete Woermannstraße „Brot Dosenaktion“

Das Projekt wurde nicht vorgestellt.

3.1. ggf. eigene Projekte des Integrationsbeirates

Bezirksbürgermeister Schulz berichtete zur Historie des Ehren- und Integrationspreises im Stadtbezirk. Einvernehmlich sprachen sich die Mitglieder des Integrationsbeirates für die Auslobung des Integrationspreises 2022 aus.

Einen Bericht zu den stadtbezirklichen Ehrungen finden Sie derzeit hier:
hannover.de/stadtbezirke .

TOP 4.

Festlegung Delegierte für Netzwerk der Integrationsbeiräte Hannover

Frau Grammel und Herr Prashanna Subramaniam werden zukünftig als Delegierte an den Netzwerktreffen teilnehmen.

TOP 5.

Bericht aus dem letzten Netzwerktreffen der Delegierten

Frau Grammel und Bezirksbürgermeister Schulz berichteten aus der zuletzt stattgefundenen Sitzung am 03.03.2022. Das Protokoll der Netzwerksitzung geht den Mitgliedern des Integrationsbeirates per E-Mail gesondert zu.

TOP 6.

Bericht der Integrations- und Einbürgerungslotsen*innen

Frau Guáqueta-Korzonnek berichtete zu ihrer Tätigkeit als Integrationslotsin sinngemäß wie folgt:

Die Integrationslotsen*innen informieren und ermutigen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei der Bewältigung ihrer Lebenslage. Sie erhalten Einsatzangebote von städtisch verankerten Einrichtungen, werden von ihnen unterstützt und treffen mit ihnen und den zu Begleitenden Vereinbarungen zu einzelnen Schritten. Sie begleiten bei Behördengängen, helfen bei Problemen in Schule und Studium, beim Übergang in den Job, bei Freizeitgestaltung, bieten Sprachförderung an oder unterstützen in Umbruchsituationen. Die Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule Hannover bildet die Integrationslotsen*innen aus und koordiniert ihre Einsätze. Im Basislehrgang werden die Integrationslotsen*innen qualifiziert, erwerben ein Zertifikat und können dann bei Anfrage eingesetzt werden.

TOP 7.

erster Austausch zur künftigen Arbeit des Integrationsbeirates / Öffentlichkeitsarbeit / Flyer / Bildung AG etc.

Frau Sufin informierte, dass der Integrationsbeirat für Öffentlichkeitsarbeit Flyer, einen Banner mit Logo und bedruckte Kugelschreiber als Give Aways zur Verfügung habe. Der Flyer ist jedoch aufgrund der Neubesetzungen nicht mehr aktuell und muss überarbeitet werden.

Bezirksbürgermeister Schulz sprach sich für eine Aktualisierung der notwendigsten Informationen und den Druck von 1.000 Stück aus.

Herr Hellmold machte den Vorschlag, für Integrationsprojekte Spendengelder einzuwerben. Herr Löpp bat diesbezüglich um Zurückhaltung, da die Annahme von Spenden durch den Integrationsbeirat voraussichtlich nicht ohne weiteres ermöglicht werden kann. Vielmehr sei es Aufgabe der Antragstellenden, alle Möglichkeiten der Finanzierung durch Drittmittel auszuschöpfen.

Einvernehmlich sprach sich der Integrationsbeirat für die Aktualisierung des Flyers aus und stellt dafür 300 € zur Verfügung. Es wurde gewünscht, dass der Flyer auf umweltfreundlichem Papier gedruckt wird.

Bezirksbürgermeister Schulz kündigte eine Veranstaltungsliste an, anhand derer die Beteiligung des Integrationsbeirates bei zukünftigen Veranstaltungen festgelegt werden soll. Herr Dr. Schulz unterstützte diesen Vorschlag.

TOP 8.

Beratung über vorliegende Zuwendungsanträge

2022-01-IB 11: Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V. – Projekt „Kreativworkshop Notunterkunft Ahlem“

Einstimmig wurde eine Zuwendung i.H.v. 1.500 € empfohlen.

2022-02-IB 11: Fair Places / Wohnprojekt Albrecht-Schaeffer-Weg – Projekt „Kompetenzstärkung bei der Nutzung von digitalen Medien und der Kommunikation mit Behörden“

Einstimmig wurde eine Zuwendung i.H.v. 964,78 € empfohlen.

2022-03-IB 11: Wohnheim für Geflüchtete Woermannstraße „Brot Dosenaktion“

Mit 12 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 2 Enthaltungen wurde eine Zuwendung i.H.v. 200 € empfohlen.

Integrationspreis 2022

Es sollen 1.000 € für das Preisgeld zur Verfügung gestellt werden. Die Empfehlung war einstimmig.

Dem Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt werden die o.g. Förderungen zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Eine Entscheidung wird frühestens in der Bezirksratssitzung am 17.03.2022 erwartet.

9. Verschiedenes und Termine

(bitte beachten Sie hierzu die beigefügte Anlage der AfD-Bezirksratsfraktion)

Es wurde der Wunsch von Herrn Keller diskutiert, für die Arbeit des Integrationsbeirates eine Satzung zu beschließen. Eine entsprechende schriftliche Vorlage ist den Mitgliedern des Integrationsbeirates mit der Einladung zugegangen.

Bezirksbürgermeister Schulz informierte, dass den Integrationsbeiräten keine Kompetenz zum Erlass einer Satzung zukomme und die erforderliche Ermächtigungsgrundlage fehle. Sofern Vorgaben zur Vergabe der Mittel zukünftig gewünscht werden, wären lediglich „Regeln“ oder „Kriterien“ denkbar. Er zeigte auf, dass sich der Integrationsbeirat damit in jedem Einzelfall an die Einhaltung der Kriterien binde und wies auch auf mögliche Nachteile eines solchen Regelwerkes hin. Herr Schulz trug ferner bei, dass der Integrationsbeirat nicht in der Situation sei, Beschlüsse fassen zu dürfen. Vielmehr würden in diesem Gremium Empfehlungen zur Vergabe der Mittel an den Stadtbezirksrat ausgesprochen. Erst durch den Beschluss in letztgenanntem Gremium wird die Zuwendung beschlossen und rechtskräftig. Er bezeichnete es im Hinblick auf die zahlreichen neuen Mitglieder im Integrationsbeirat als schwierig, bereits in der ersten Sitzung derart weitreichende Diskussionen zu führen und machte den Vorschlag, dieses Thema in der nächsten Sitzung noch einmal aufzugreifen. Zudem erwartete er, dass sich mit Abschluss des Prozesses WIR 2.0 Veränderungen ergeben, die aus seiner Sicht zunächst abgewartet werden sollten. Mit dem Verfahrensvorschlag, das Thema in der kommenden Sitzung erneut anzusprechen, erklärte sich Herr Keller einverstanden.

Herr Keller hob im Laufe der Diskussion hervor, dass vor allem die geringe Beteiligung der Mitglieder in der vorangegangenen Wahlperiode dazu geführt haben, dass nur einige wenige Mitglieder über Zuwendungen entschieden haben. Er zweifelte die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens an und verwies auf die Bestimmungen zur Beschlussfähigkeit in der GO des Rates.

Die Mitarbeitenden der Verwaltung erklärten, dass die Empfehlungen zur Vergabe der finanziellen Mittel in den zurückliegenden Sitzungen zu jeder Zeit korrekt waren. Eine Beschlussfähigkeit - entsprechend der Bestimmungen der GO des Rates - gelte für dieses Gremium nicht, da der Integrationsbeirat keine Beschlüsse fasse.

An anderer Stelle wurde die Einführung eines so genannten „Feuerwehrtopfes“ diskutiert. Daraus könnte der Vorsitzende schnell und ohne weitere Beteiligung der Mitglieder des Integrationsbeirates im Einzelfall unterstützen. Als Beispiel wurde der Kauf von Fahrkarten für den öffentlichen Personennahverkehr für Geflüchtete angeführt. Eine endgültige Entscheidung zu dem Vorschlag ist in der Sitzung nicht getroffen worden.

In Bezug auf einen stadtbezirksübergreifenden Vorschlag der Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine informierte Herr Löpp, dass der Zuwendungsempfänger seinen Sitz zwingend im Stadtbezirk haben müsse. Der Bezirksbürgermeister ist dazu - beauftragt durch den Interkreis - mit Institutionen im Gespräch.

Frau Sufin berichtete, dass der Europäische Nachbarschaftstag am 20. Mai 2022 gefeiert wird. Ein Vorbereitungstreffen auf Einladung der Verwaltung findet am 17.03.2022, 14.00 Uhr als Video-Konferenz statt. Bei Interesse können Sie sich unter folgender E-Mail-Adresse anmelden: 50.5nachbarschaftsarbeit@hannover-stadt.de .

Bezirksbürgermeister Schulz schloss die Sitzung um 20:35 Uhr.

Für die Richtigkeit:

(Sufin)
Stadtbezirksmanagerin